

# Nachrichten für Raunhof

## und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Cösa, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinleinberg, Klinge, Köhler, Lindhardt, Pomßen, Standitz, Throna usw.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Raunhof.

Er erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, 1/2 jährlich Mk. 9.—, durch die Post bezogen einschl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 75 Pfg. Anklebender Teil Mk. 1.20. Reklamazeile Mk. 1.20. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausstreuern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Grimma: Amt Raunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Güng & Cule, Raunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 46

Mittwoch, den 20. April 1921

32. Jahrgang

### Amtliches.

Es werden verausgabt vom 21.—27. 4. 21 auf die gelben und weißen Ainderkarten gegen Abstemplung der Stammliste, auf die Nährmittelkarten

250 gr Weizenmehl für 95 Pfg.

1/2 Pfd. Hafersoden für 130 Pfg.

1 Pfd. Reis oder Zwieback für 180 bzw. 195 Pfg.

Die Abchnitte der Nährmittelkarten sind bis 18. ds. abzutrennen.

In der Woche vom 18.—24. April 1921 erhalten Versorgungsberechtigte 50 gr Butter — 1,80 Mk. auf den Abschnitt 9 der Butterkarte.

Grimma, 15. April 1921.

189 Fe.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Grimma.

### Stadtgemeinderatsitzung

Donnerstag, den 21. April 1921, abends 7 Uhr.

Tagesordnung befindet sich im Rathause am Brett.

Die Kirchengrundsteuer auf das Rechnungsjahr 1920 (1. April 1920 bis 31. März 1921) ist von den evangelischen Glaubensgenossen bis spätestens

25. April 1921

an die hiesige Stadtsteuer-Einnahme abzuführen.

Auf die Staatsgrundsteuereinheit entfallen 5 Pfg.

Raunhof, am 16. April 1921. Der Bürgermeister.

### Kartoffelverbilligung.

Die den Versorgungsberechtigten im Herbst vorigen Jahres auf Antrag zugebilligte Ermäßigung auf den Kartoffelpreis in Höhe von 5 Mk. je Zentner soll an die Empfangsberechtigten im Laufe dieser Woche, vormittags 8 bis mittags 1 Uhr in der hiesigen Stadtkasse — Zimmer 14 — zur Auszahlung gelangen.

Raunhof, am 18. April 1921. Der Bürgermeister.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Die Entente fordert die Ablieferung des gesamten Goldbestandes der Reichsbank und aller sonstigen Notenbanken in das besetzte Gebiet. Die Reichsregierung lehnt das ab.

\* Infolge des Ausstufes des Dr. Levi sind der kommunistischen Partei durch deren Zentralausführung droht der Partei eine Spaltung.

\* Der frühere Bischof von Metz, Dr. Benzler, vordem Abt des berühmten Klosters Maria Laach, ist in Baden-Baden im Alter von 88 Jahren gestorben.

\* Die nächste Sitzung des Obersten Rates der Entente wird voraussichtlich am 15. Mai in Offenbe stattfinden.

\* Die französische Regierung hat Befehle zur Einberufung der Jahresskassen 1918 und 1919 ergehen lassen.

### Paris oder London?

Wieder beginnen die Spalten der Ententeblätter sich mit Ankündigungen zu füllen, die einer neuen Konferenz der Ententeregierungen gelten. Die einen wollen sie nach Paris, die andern nach London einberufen, die einen die Vereinigten Staaten an ihr teilnehmen lassen, die andern sie von ihr ausschließen. Kurz, das forsche Säbelgerassel beruht um Waischall hoch hat wieder einmal einigen schwankenden Unsicherheiten über den nächsten Gang der Dinge Platz gemacht. Die Erklärung der britischen Regierung, daß sie bereit sei, etwaige neue deutsche Vorschläge, falls sie sich als Grundlage neuer Verhandlungen eignen sollten, gewissenhaft zu prüfen, hat doch wohl in Paris einiges Nachdenken verursacht, und kein Tag vergeht seitdem, ohne daß Herr Briand und seine Mitarbeiter bei allen starken Worten, die sie immer noch bereit haben, die Versicherung hinzuzufügen, daß sie über alles das, was sie zu tun gedachten, sich noch mit ihren Verbündeten ins Einbernehmen setzen würden.

So wird jetzt über die vor wenigen Tagen abgehaltene Geheimkonferenz im Elisee bekanntgegeben, daß die hier gefassten Beschlüsse durch eine Kommission näher ausgearbeitet und nach dem 1. Mai den Alliierten unterbreitet werden sollten, wenn Deutschland seine Verpflichtungen nach dem Versailler Vertrage bis dahin nicht erfüllt habe. Die Konferenz der Alliierten würde aber wohl kaum vor Mitte Mai stattfinden können. Bis dahin hätten also die französischen Sachverständigen Zeit, ihre Arbeiten zu vollenden. Man schließt daran umständliche Berechnungen, wie es möglich gemacht werden könnte, auf diesem oder jenem Wege zu wirklich barem Gelde zu kommen, kann aber selbst bei der umständlichsten Wertermittlung des staatlichen Grubenbestandes im Ruhrgebiet nicht diejenigen Goldmillarden herausbekommen, nach denen man so dringend gefragt hat. Aber dies läßt die Washingtoner Regierung jetzt mit ziemlicher Bestimmtheit ankündigen, daß sie sich bei den Konferenzen über die Reparationsfrage sowie bei allen andern Besprechungen, die sich auf Fragen beziehen, die durch den Krieg veranlaßt wurden, vertreten

lassen werde. Man weiß nicht recht in Paris, ob man sich über diese Mitteilung freuen oder ärgern soll. Eine Erleichterung der Pläne, die man vor sich hat, scheint sie keinesfalls zu bringen. Man stellt sich besorgt wegen der Möglichkeit, daß die neue Konferenz etwa gar schon vor dem 1. Mai stattfinden könnte, denn das würde so aussehen, als würde man sich mit den neuen deutschen Vorschlägen befassen wollen, von denen man, so lange sie nicht vorliegen, doch ohne weiteres angenommen werden müßte, daß sie keine Erörterung wert seien. Jedenfalls müßte am 1. Mai das Fallbeil auf Deutschlands schuldiges Haupt herniederfallen, müßte das Ruhrgebiet besetzt werden, wozu ja schon alle Vorbereitungen wirtschaftlicher, militärischer und organisatorischer Art getroffen wären.

Der Volkshändigkeit halber wird dann auch gleich Ober Schlesien noch in einem Zuge miterledigt. Auch in dieser Frage führt man in Paris einige Gegenätze zwischen sich und den übrigen Alliierten. Man stellt sich bloß verwundert darüber, daß hier und da Verständnis gezeigt wird für die Gründe, mit denen Deutschland seine Forderung nach ungeteilter Befassung des Abstimmungsgebietes beim Reiche zu begründen nicht müde wird. Wenn man in diesen Punkten den französischen Forderungen nicht nachgibt, dann würde die Befassung des Ruhrgebietes an Bedeutung verlieren und das ganze neue politische System, das Frankreich in Europa so mühevoll ausbaute, würde Füllwerk bleiben. Das neue politische System — will auf deutsch sagen, die Vereingung der Einkreisung Deutschlands durch militärische Wachthunde, mit denen seine verfürzten und zielbewußt weiter zu verfürzten Grenzen umstellt werden müssen, die wirtschaftliche Erdrosselung eines höchst entwickelten Industrielandes durch Abschürung auch des Restes seiner eigenen Rohstoffquellen, die ihm noch verblieben sind, die Vergewaltigung des vertrieglichen selbstelegierten Selbstbestimmungsrechts der Oberschlesier, deren Stimme nicht gehört werden soll, weil sie dem „ganzen neuen politischen System, das Frankreich in Europa so mühevoll aufbaut“, zuwiderläuft. Auch hier wieder die gleiche Nichtachtung des Versailler Vertrages in einem seiner wesentlichsten Punkte, die wir immer wieder da beobachten müssen, wo Frankreich sich seiner Innehaltung aus kurzfristigen Gründen entziehen will. Wir wissen wohl, daß, wenn es nach ihm gegangen wäre, Oberschlesien wie Polen und Westpreußen den Polen ohne weitere Formalitäten hingeopfert worden wäre. Aber, nachdem die Volksabstimmung einmal zugelassen war, jetzt über ihr Ergebnis einfach zur Tagesordnung übergeben zu wollen, nur weil Herr Briand sie in seine von vornherein festgelegte Gesamtspolitik nicht sinnvoll einzuverleiben vermag, das wäre denn doch ein Verfahren, das nichtfranzösische Alliierte schwer mit ihrem Gewissen würden vereinigen können.

Soll demgegenüber es in der Welt Eindruck machen, wenn aus Paris allerhand Nachrichten über Einberufung von Jahresskassen in Lille und anderwärts verbreitet werden, auf der andern Seite wäre dann darauf zu verweisen, daß man in London nach dem unerwartet raschen Zusammenbruch des Generalstreiks zu einer Demobilisierung imstande ist, die Herrn Lloyd George wieder größere Bewegungsfreiheit in der auswärtigen Politik zurückgibt. Ob von London oder von Paris aus in den nächsten Tagen der Gang der Entwicklung maßgebend bestimmt werden wird, davon hängt ungleich mehr ab, als der Ruhm dieses oder jenes Staatsmannes, die „Gloire“ dieses oder jenes Generals. Soll die Tollheit wilder gewordener Kriegsfanatiker wirklich austoben dürfen, als wenn die Vermunft in der Welt schon bis zur Wurzel ausgerottet wäre?

### Erneutes „Nein“ der Reichsregierung

Auslieferung des ganzen deutschen Goldes verlangt.

Die Reichsregierung läßt durch das amtliche Telegrammbureau bekanntgeben:

„Wie wir erfahren, ist von der Reparationskommission an den Vorsitzenden der deutschen Kriegsschadenkommission mündlich die Aufforderung gerichtet worden, die Goldbestände der Reichsbank und der übrigen deutschen Notenbanken bis zum 1. Mai nach Plätzen im besetzten Gebiet, etwa Köln und Koblenz, abzuführen. Diese Maßnahmen solle eine Sicherheit für die deutschen Leistungen auch nach dem 1. Mai sein. Die deutsche Regierung soll sich verpflichten, daß ohne Zustimmung der Reparationskommission über dieses Gold zur Befriedigung anderer Gläubiger nicht verfügt wird. Eine schriftliche Übermittlung dieser Aufforderung steht noch aus. Jedenfalls darf schon jetzt kein Zweifel darüber gelassen werden, daß hier eine Forderung vorliegt, die von deutscher Seite unter keinen Umständen entsprochen werden kann.“

Die Weigerung der Reichsregierung, auch noch unser allerletztes Vordervermögen in die Hände der Entente zu geben, ist durchaus berechtigt.

### Die Anschlussbewegung in Österreich.

Große Kundgebungen in Wien.

In Wien fand eine große Kundgebung der wertvollen Bevölkerung Österreichs statt für den Anschluss an Deutschland, zu der sich die gewerblichen, industriellen und sachtechnischen, sowie die politisch-nationalen Vereinigungen, die deutsche Studentenschaft und die Mittelschulen eingefunden hatten. Zahlreiche Redner traten für den Anschluss an Deutschland ein.

Dann wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß angesichts der Nichtlebensfähigkeit Österreichs diesem nur der Anschluss an Deutschland wirtschaftliche Mittel bringen könne. Es wird ferner gefordert, daß es dem österreichischen Volke ermöglicht werde, von seinem Recht Gebrauch zu machen, vor dem Völkerverbund den Wunsch nach dieser Vereinigung mit Deutschland zum Ausdruck zu bringen.

Eine Gruppe von Manifestanten versuchte nach der Versammlung, vor der französischen Gesandtschaft zu demonstrieren, wurde aber von der Polizei zerstreut.

### Der vorsichtige Bundeskanzler.

Im Anschluß an die Kundgebung erschien eine größere Abordnung im Bundeskanzleramt und unterbreitete dem Bundeskanzler die von der Versammlung gefasste Entschließung, in der die Regierung und der Nationalrat aufgefordert werden, sofort alles einzuleiten, was zur Annahme des Anschlusses erforderlich ist, und vor allem die Volksabstimmung sofort vorzunehmen. Der Führer der Abordnung bemerkte hierzu, die Regierung habe zwei Wege gezeigt, die zur Rettung Österreichs beschritten werden könnten, den Weg der Kredite und jenen des Anschlusses. Nachdem die Teilnehmer an der Kundgebung die Hoffnung auf die erste Lösung verloren hätten, bleibe ihrer Auffassung nach nur der zweite Weg übrig.

Bundeskanzler Raab nahm die Entschließung zur Kenntnis und erklärte, er könne sich der Anschauung nicht anschließen, daß der erste Weg nicht weiter verfolgt werden solle. Dieser Weg müsse vielmehr erst zu Ende gegangen werden, und es könne seiner Überzeugung nach nicht mehr lange dauern, bis auf ihm ein Ergebnis erreicht sei. Er bitte daher noch um einige Wochen Geduld. Den zweiten Weg, das ist das unmittelbare Anschlußgebeten, könne die Regierung in diesem Augenblick nicht beschreiten, da Österreich dann keine Kredite bekommen würde, ganz abgesehen davon, daß man Österreich den Anschluß gar nicht gestatten würde. Auch Deutschland könne gegenwärtig Österreichs Anschluß nicht zugeben und nicht wünschen, da es sich selbst in furchtbarer Zwangslage befinde. Ich muß daher, fuhr Bundeskanzler Raab fort, Ihren Schritt im gegenwärtigen Zeitpunkt als nicht glücklich bezeichnen, allzuviel steht auf dem Spiele. Durch einen unbesonnenen Schritt unsererseits könnte selbst das Burgenland noch verloren gehen und auch das Schicksal Oberschlesiens ungünstig beeinflusst werden. Bedenken Sie auch, daß wir ohne auswärtige Hilfe vielleicht schon in zwei Monaten nichts mehr zu essen haben und in größte Ernährungs-schwierigkeiten kommen müßten. Die Regierung muß daher gegenwärtig dringend bitten, wenigstens in den nächsten Wochen, bis die Entscheidung in der Frage der Kredite gefallen ist, von derartigen Kundgebungen abzusehen. Ich höre, daß Demonstrationen vor der französischen Gesandtschaft stattgefunden haben und muß sie als schädlich bezeichnen und auch aus internationalen Gründen verurteilen.

### Einigkeit in Tirol.

In Tirol sind in der Anschlussfrage alle politischen Parteien, Christlich-Soziale, Großdeutsche, Sozialdemokraten, grundsätzlich einig. Auch letztere sind für Abstimmung und erwarten, daß auch sozialdemokratische Tiroler von auswärtig ihrer Abstimmungsspflicht nachkommen, da es sich um die Wahrung des Selbstbestimmungsrechts des Tiroler Volkes handelt, das durch den Imperialismus der Ententemächte in seiner Existenz und Lebensfähigkeit bedroht erscheint.

### Politische Rundschau Deutsches Reich.

#### Um die Bewertung unserer Schiffe.

Von zuständiger deutscher Seite wird verkündet, daß die Meldung der Agence Havas über das angebliche Ergebnis der Verhandlungen mit der Reparationskommission über die Bewertung des von Deutschland auf Grund des Friedensvertrages ausgelieferten Schiffsraumes unzutreffend ist. Die darauf bezüglichen Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Die Meinungsverschiedenheiten über die Größe des Deutschland anzubringenden Schiffsraumes beruhen vor allem darauf, daß seitens verschiedener alliierter Mächte die sogenannten Embargo-Schiffe, d. h. diejenigen Schiffe, welche zur Zeit des Ausbruchs der Feindschaften in Häfen der alliierten und assoziierten Mächte lagen, zum großen Teil noch nach der Ablieferung an die Entente preisgerichtlich eingezogen worden sind. Das Ergebnis der weiteren Verhandlungen, auch über die Bewertungsfrage, bleibt abzuwarten.

#### Eine ungerechtfertigte Verhaftung.

Organe der Interalliierten Kommission verhafteten in Oberschlesien auf Anweisung von Oppeln her den Generalleutnant von Arnen und seinen Adjutanten, den Hauptmann Kowal. Der General bereite als Agent für landwirtschaftliche Maschinen den Rosenberger Kreis. Er war bereits vor einigen Tagen schon einmal verhaftet, aber wieder freigelassen worden. Ein ausdrücklicher Befehl von Oppeln her bewirkte seine Wiederfestnahme. In dem verhafteten General vermutet man den Führer der ober-schlesischen Organe.